

Beschluss:

1. Dem vorgestellten Modell der Tarifstrukturreform wird zugestimmt.
2. Den Ausführungen zur Dringlichkeit, Unabweisbarkeit und Unplanbarkeit im Vortrag wird zugestimmt. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird daher beauftragt, die befristet benötigten zusätzlichen Haushaltsmittel i.H.v. voraussichtlich bis zu 17.044.000 € für 2019 und 30.375.000 € für 2020 im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellungen bei der Stadtkämmerei anzumelden.
3. Das Sozialreferat wird beauftragt, die Einsparungen i.H.v. 6 Mio. € p.a. (2019 1,5 Mio € anteilig) im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellungen bei der Stadtkämmerei anzumelden.
4. Die Stadtkämmerei wird beauftragt, die zusätzlichen Einnahmen aus der ÖPNV-Zuweisung des Freistaats Bayern i.H.v. 2,3 Mio. € p.a. im Haushalt zu vereinnahmen.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, gemeinsam bzw. in Abstimmung mit den übrigen Aufgabenträgern im MVV, eine allgemeine Vorschrift gemäß EU-Verordnung 1370/2007 mit den im Vortrag dargestellten Eckdaten in Höhe von bis zu 34,5 Mio €/Jahr sowie einer darüber hinausgehenden Risikoabdeckung von bis zu 6 Mio. €, zunächst begrenzt bis Ende 2020, zu erlassen.
6. Der Antrag Nr. 14-20 / A 03829 von DIE LINKE vom 15.02.2018 ist hiermit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
7. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.